

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates Gemünden vom 30. März 2023 im Bürgerhaus Gemünden

Anwesend:

Ortsbürgermeisterin Agnes Chudy-Endres,
1. Beigeordnete Elke Roos, zugl. Ratsmitglied,
3. Beigeordnete Melanie Strate, zugl. Ratsmitglied
Alexander Buß Ratsmitglied
Sandra Escher Ratsmitglied
Stefanie Gutenberger Ratsmitglied
Christian Joos Ratsmitglied
Alexander Lorenz Ratsmitglied
Carsten Macht Ratsmitglied
Christiane Püsch-Kasper Ratsmitglied
Walter Schmidt Ratsmitglied
Antonius Freiherr von Salis-Soglio Ratsmitglied

Es fehlte(n):

2. Beigeordneter Olaf Ketzer, zugl. Ratsmitglied
Stephan Bares Ratsmitglied
Matthias Keller Ratsmitglied
Didacus Kühnreich Ratsmitglied
Tobias Kühnreich Ratsmitglied

Ferner anwesend:

Von der Verwaltung anwesend:

Bürgermeister Peter Müller
Verwaltungsrat Alwin Reuter
Verwaltungsfachangestellter Günter Weckmüller als Schriftführer

Beginn: 19.33 Uhr

Ende: 20.19 Uhr

Ortsbürgermeisterin Agnes Chudy-Endres stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest. Sie beantragte die Tagesordnungspunkte „Annahme der Niederschrift“ sowohl im öffentlichen als auch im nicht-öffentlichen Teil von der Tagesordnung abzusetzen, da die Niederschriften noch nicht verteilt wurden. Dem wurde einstimmig zugestimmt. Weitere Änderungen oder Ergänzungen der Tagesordnung wurden nicht beantragt.

TOP 1: Bürgerfragestunde

- Es waren keine Bürger anwesend.

TOP 2: Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2023

Ortsbürgermeisterin Agnes Chudy-Endres teilte mit, dass der Entwurf des Haushalts in einer gemeinsamen Fraktionssitzung vorgestellt wurde und erteilte Herrn Reuter das Wort. Er teilt mit, dass zum Haushalt keine Anfragen eingegangen sind und erläuterte kurz die wesentlichen Punkte des Haushalts:

- der Ergebnishaushalt ist ausgeglichen, allerdings nur wenn 11 Baugrundstücke mit Gewinn verkauft werden können
- die Steuerhebesätze werden über die Nivellierungssätze angehoben

- die Überschüsse bei den Steuereinnahmen betragen nur rund 144.000 € gegenüber üblicherweise rund 300.000 €
- die Rücklage beträgt zu Beginn des Haushaltsjahres über 1. Mio. Euro; es ist im laufenden Haushaltsjahr eine Entnahme von rund 765.000 € vorgesehen, um den Haushalt auszugleichen.

Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2023 war allen Ratsmitgliedern zugeleitet worden. Nach kurzer Beratung nahm der Rat den Entwurf unverändert an.

Beschluss:

Festgesetzt wurden:

1. im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	3.571.200 Euro
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	3.571.200 Euro
der Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0 Euro

2. im Finanzhaushalt

der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	85.250 Euro
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.729.900 Euro
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	2.580.300 Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-850.400 Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	765.150 Euro

Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen und Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, werden nicht veranschlagt. Investitionen oberhalb der Wertgrenze von 2.000 € werden einzeln im Teilfinanzhaushalt dargestellt.

Die Steuerhebesätze wurden für die Grundsteuer A auf 390 v.H., für die Grundsteuer B auf 490 v.H. und für die Gewerbesteuer auf 410 v.H. festgesetzt.

Die Steuersätze für die Hundesteuer wurden für den ersten Hund auf 48 €, für den zweiten Hund auf 84 €, für jeden weiteren Hund auf 108 € und für jeden gefährlichen Hund auf 720 € festgesetzt.

Der vorgelegte Stellenplan fand ebenfalls die Zustimmung des Rates.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

TOP 3: Unterrichtungen / Verschiedenes

Ortsbürgermeisterin Agnes Chudy-Endres teilt folgendes mit:

- Bürgerabend am 14.04.2023
Für den Bürgerabend liegen bisher 43 Anmeldungen vor. Im Gemeinderat wurde überwiegend die Auffassung vertreten, dass mindestens 100 Anmeldungen vorliegen sollten, damit der Aufwand hierfür gerechtfertigt ist.

Ratsmitglied Walter Schmidt fragte nach, was sich bei der Begehung des geologischen Lehrpfades im Hinblick auf die Verkehrssicherungspflicht ergeben hat. Ortsbürgermeisterin Agnes Chudy-Endres teilte mit, dass das Ergebnis der Begehung noch nicht vorliegt.

Bürgermeister Peter Müller informierte den Ortsgemeinderat anschließend über Themen, die insbesondere die Ortsgemeinde Gemünden betreffen.

- Freibad Gemünden
In Folge des Brandes im Oktober 2022 gab es zunächst Probleme mit den Versicherungsgesellschaften (eigene Versicherung, Versicherung des Unternehmers sowie Versicherung des Subunternehmens, das für den Brand verantwortlich war). Erst nach Einschaltung des Generalvertreters kam Schwung die Abwicklung. Es wurde ein neuer Gutachter beauftragt und mittlerweile sind durch die Versicherung der Verbandsgemeinde Aufträge zur Schadensbeseitigung erteilt worden.
Durch die Verzögerungen ist nicht mehr damit zu rechnen, dass das Bad noch im Jahr 2023 eröffnet werden kann. Zum jetzigen Zeitpunkt geht er jedoch davon aus, dass der Versicherungsfall nun zufriedenstellend abgeschlossen und dann der Neubau weiter fortgeführt werden kann.
- First Responder
Bisher haben 11 Freiwillige aus Gemünden Interesse an der Ausbildung gezeigt. Im Ältestenrat der Verbandsgemeinde wurde die Bereitschaft signalisiert, dass der Ortsgemeinderat die rechtlichen Voraussetzungen für die Bildung der First-Responder-Gruppe beschließt. Die Ausbildung und Überwachung der Gruppe erfolgt durch das DRK. Die Helfer werden durch die Gemeinde(n) ausgerüstet. Die First-Responder werden über die Leitstelle alarmiert und können dann die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes überbrücken. In der Ortsbürgermeisterdienstversammlung am 29.03.2023 wurde abgefragt, ob auch in anderen Gemeinde Interesse an der Etablierung einer First-Responder-Gruppe besteht.
- Sirenen
Es besteht ein Förderprogramm des Bundes, womit alte Sirenen durch Hochleistungssirenen ersetzt werden sollen. Im Rahmen dieses Förderprogramms wurden in der Verbandsgemeinde Kirchberg Fördermittel für fünf Sirenen genehmigt, die vorrangig in Gemeinden installiert werden sollen, die von Hochwasser betroffen sein können. In Gemünden ist als Standort die Grundschule vorgesehen. Bei diesem Standort wird davon ausgegangen, dass evtl. Durchsagen, die mit den neuen Sirenen möglich sind, in der gesamten Ortslage hörbar sind.
- Hochwassergefährdung
Ein beauftragtes Planungsbüro hat die Hochwasserlagen in der Vergangenheit mit entsprechenden Berechnungsprogrammen simuliert. Die Berechnungen ergaben ziemlich exakt die eingetretenen Hochwasserlagen. Auf Grundlage der Berechnungen soll ein Pegelsystem errichtet werden, das zumindest kurzfristige Vorwarnzeiten ermöglichen soll. Hierzu sind dann von der Feuerwehr noch entsprechende Alarm- und Einsatzpläne zu erstellen.
- Kindertagesstätten
Aufgrund der zusätzlichen Anforderungen, die seitens der Gesetzgebung an die Betriebs- und Bauträgerschaft für Kindertagesstätten gestellt werden, werden Alternativen zu den bisherigen Systemen geprüft. Der Aufwand hierfür ist von den ehrenamtlichen Ortsbürgermeister nicht mehr zu leisten. Es wird zudem immer schwieriger geeignetes Personal für die Kindertagesstätten zu finden.
Durch die Ganztagsbetreuung sind zudem immer wieder bauliche Maßnahmen erforderlich, die teilweise zur finanziellen Handlungsunfähigkeit der Ortsgemeinden führen. Es ist daher angedacht worden, die die Betriebs- und Bauträgerschaft auf die Verbands-

gemeinde zu übertragen. Am 12.04.2023 findet hierzu ein Gespräch mit den Trägergemeinden der Kindertagesstätten statt.

- Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI)
Durch das Programm soll der Klimaschutz in den Gemeinden finanziell gefördert werden. Hierfür stellt das Land einen Betrag von 180 Mio. Euro nach der Einwohnerzahl und 60 Mio. Euro noch antragsabhängig zur Verfügung. Darüber hinaus werden im Rahmen des kommunalen Klimapaktes noch Beratungsleistungen seitens des Landes angeboten.
Die finanzielle Förderung nach Einwohnern beträgt 44 €/Einwohner, wovon 1/3 dem Landkreis und 2/3 den Verbandsgemeinden zur Verfügung gestellt werden. An der Förderung für die Verbandsgemeinden sollen die Ortsgemeinden angemessen beteiligt werden. Der Verbandsgemeinderat hat beschlossen, dass 50% an die Ortsgemeinden weitergeleitet werden und dort möglichst in die Kindertagesstätten investiert werden. Die Ortsgemeinden müssen dieser Verteilung der Gelder zustimmen. Von der Verbandsgemeindeverwaltung wird dies mit den jeweiligen Kindergartenbezirken abgestimmt. Eine Beschlussvorlage hierzu soll den Gemeinden im Mai 2023 zugehen.
- Flughafen Frankfurt-Hahn
Bezüglich eines neuen Investors für den Flughafen zeichnet sich eine Lösung ab.

Ratsmitglied Carsten Macht fragte nach dem Sachstand der Gründung einer AöR für erneuerbare Energien. Bürgermeister Müller teilt mit, dass hierzu am 17.05.2023 eine Informationsveranstaltung für Ortsbürgermeister und den Verbandsgemeinderat geplant ist.

Die 3. Beigeordnete Melanie Strate fragte nach, welche Ziele seitens der Ortsgemeinde für die Beratung im Rahmen des Kommunalen Klimapaktes benannt werden sollen. Bürgermeister Müller teilte mit, dass es hierzu Vorgaben/Beispiele seitens der Verbandsgemeinde benannt werden.

TOP 4: Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht-öffentlichen Sitzung

Ortsbürgermeisterin Agnes Chudy-Endres teilte mit, dass dem Abschluss von Modernisierungsvereinbarungen für vier vorliegende Anträge zugestimmt wurde.

Agnes Chudy-Endres
Ortsbürgermeisterin

Günter Weckmüller
Schriftführer